UNTERNEHMEN

Ewige Lasten

Der Chemiekonzern Evonik dürfte auch mit dem dritten Versuch scheitern, an die Börse zu gehen. Das Vorhaben war riskant – und unnötig.

Es gibt Blamagen, die muss man ertragen, weil sie nicht zu verhindern waren. Es gibt aber auch Blamagen, die vermeidbar gewesen wären, denen Warnungen vorausgingen, die aus zweifelhaften Motiven, wie persönlichem Ehrgeiz, missachtet wurden. Letztere sind dann besonders peinlich. Zu ihnen gehört der Börsengang des Chemieunternehmens Evonik.

Zum dritten Mal versucht der Essener Konzern, in den Kreis der glitzernden und wichtigen Dax-Konzerne aufzusteigen. Zweimal scheiterte der geplante Börsengang wegen widriger Umstände an den Finanzmärkten. Und auch der dritte Versuch steht unmittelbar vor dem Aus. Mit 13,5 bis 16,5 Milliarden Euro sollte Evonik nach internen Plänen bewertet werden. Doch bislang sind trotz intensiver Bemühungen keine Investoren am Kapitalmarkt zu finden, die bereit wären, einen solch exorbitanten Preis zu zahlen.

Voraussichtlich wird das großangekündigte Spektakel deshalb noch im Laufe der Woche abgeblasen – mit schlimmen Konsequenzen. Der Reputationsschaden für das Unternehmen wäre gewaltig. „An den Finanzmärkten“, sagt ein Banker aus dem Konsortium, „lächeln Analysten und Investoren inzwischen nur noch milde“, wenn sie den Namen des glücklosen Chemieriesen aus Nordrhein-Westfalen hören. Ein neuerlicher Versuch, Aktionäre für den Kauf von Evonik-Aktien zu begeistern, scheint für Monate, wenn nicht Jahre ausgeschlossen.

Besonders bitter für Evonik und seinen Chef Klaus Engel: Es wäre gar nicht nötig gewesen, den Börsengang zu forcieren. Möglicherweise wurde sogar mit trickreichen Verschleierungen gearbeitet. Das zumindest legen interne Protokolle der RAG-Stiftung nahe, der rund 75 Prozent des Chemieunternehmens gehören.

Deren Chef, der 70-jährige ehemalige Energiemanager Wilhelm Bonse-Geuking, hatte in der Vergangenheit wiederholt betont, „dass der Börsengang von Evonik kein Selbstzweck“ sei. Es gehe vielmehr darum, die sogenannten Ewigkeitslasten des Kohlebergbaus zu finanzieren.

Diese Aufgabe hatte die mit hochrangigen Politikern und Managern besetzte Stiftung bei ihrer Gründung im Jahr 2007 übernommen. Inhalt des damals von Ex-Bundeswirtschaftsminister Werner Müller eingefädelten Deals: Der Steinkohlebergbau im Saarland und in NRW wird Ende 2018 endgültig stillgelegt. Die noch Jahrzehnte anfallenden Ewigkeitslasten für das Abpumpen von Grundwasser oder die Beseitigung von Bergschäden in Höhe von geschätzten 220 Millionen Euro pro Jahr trägt die Stiftung. Dafür erhielt sie im Gegenzug nicht nur das Immobilienvermögen und die Energiesparte der ehemaligen Ruhrkohle AG, sondern auch deren Chemieunternehmen, die nach einigen Umbauten und Zukäufen inzwischen unter dem Namen Evonik firmieren.

Wie die Stiftung das Geld für die Ewigkeitslasten genau erwirtschaftet, ist ihr überlassen. Sie kann Immobilien oder Firmen verkaufen, von den üppigen Dividenden der Unternehmen leben oder eben auch den als langfristigen Stiftungszweck verankerten Börsengang von Evonik anordnen, um damit die Kassen aufzufüllen. Genau für diesen Weg entschied sich Bonse-Geuking – gegen alle Warnungen und ohne Not.

Wie aus dem Protokoll der RAG-Sitzung vom 10. Juni hervorgeht, verfügt die Stiftung nämlich bereits heute über milliardenschwere Rücklagen, die ausreichen, die Ewigkeitslasten zu finanzieren – ohne einen Börsengang. Selbst bei „konservativen Prämissen“, heißt es in dem Papier, sei auch noch 2019 genügend Geld vorhanden, um alle anfallenden Kosten zu decken. Es bleibe sogar ein üppiger Überschuss von rund 156 Millionen Euro – pro Jahr.

Für Bonse-Geuking ist das kein Argument: Die gute finanzielle Ausstattung der Stiftung sei immer bekannt gewesen. Außerdem sei es für keine Stiftung gut, langfristig auf nur ein einziges Unternehmen zu setzen.

Und so hielt der Manager trotz lahmender Weltkonjunktur und sich verschärfender Euro-Krise wacker an den Vorbereitungen für den Börsengang fest. Selbst Warnungen von Evonik, dass die Wertgutachten der Banken mit 15 bis 18 Milliarden Euro offenbar viel zu hoch ausgefallen seien, beirrten ihn nicht.

Noch vor zwei Wochen plädierte er bei einer Sitzung für eine weitere Fristverlängerung. Nun soll Anfang dieser Woche die endgültige Entscheidung fallen. Alles andere als eine Absage wäre eine handfeste Überraschung.

Warum Bonse-Geuking so lange an seinen Plänen festhielt, einen neuen Dax-Konzern zu platzieren, und die Pläne nicht schon viel früher stoppte, bleibt für die meisten Beobachter ein Rätsel. Personen in seinem Umfeld glauben, ihm sei es wenige Monate vor Auflösung seines Vertrags darum gegangen, sich einen Platz in der Chronik der deutschen Wirtschaftsgeschichte zu sichern.

Mit dem dritten abgesagten Börsengang in Folge dürfte ihm das zumindest gelungen sein.

FRANK DOHMEN



CHRISTIAN BAUER / ACTION PRESS

Stiftungschef Bonse-Geuking

